

STUDIEN-
AUSGABE DES
WELT-
BESTSELLERS

MICHAEL HARDT
ANTONIO NEGRI

EMPIRE

DIE NEUE
WELTORDNUNG

campus

EMPIRE

Michael Hardt ist Professor für Literaturwissenschaft an der Duke University Durham, NC, in den USA.

Antonio Negri war in den 70er Jahren Professor für Politikwissenschaft in Padua und einer der führenden Theoretiker der italienischen Linken. In dieser Eigenschaft soll er einer der Köpfe hinter den Anschlägen der Roten Brigaden gewesen sein. In einem umstrittenen Prozess wurde er zu 13 Jahren Haft verurteilt. 1983 ins Europäische Parlament gewählt, konnte er nach Frankreich fliehen. Dort erhielt er Asyl als politischer Flüchtling und lehrte als Professor für Philosophie an der Sorbonne. 1997 kehrte er nach Italien zurück und wurde erneut inhaftiert. Heute ist er mit Meldeauflagen aus der Haft entlassen und lebt in Rom. Jüngste Buchpublikation: *Rückkehr. Alphabet eines bewegten Lebens*, 2003 bei Campus.

Michael Hardt, Antonio Negri

EMPIRE

Die neue Weltordnung

Aus dem Englischen
von Thomas Atzert und Andreas Wirthensohn

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Die Originalausgabe erschien 2000
unter dem Titel »Empire« bei Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts.
Copyright © 2000 by the President and Fellows of Harvard College

ISBN 978-3-593-37230-3 Print
ISBN 978-3-593-42406-4 (PDF)
ISBN 978-3-593-41899-5 (EPUB)

Durchgesehene Studienausgabe 2003

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Copyright © 2002. Alle deutschen Rechte bei Campus Verlag GmbH,
Frankfurt/Main Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln
Umschlagmotiv: Zefa visual media, Düsseldorf
Satz: Andreas Wirthensohn
Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Danksagung	8
Vorwort	9

Teil I: Die politische Konstitution der Gegenwart

1. Weltordnung	19
Vereinte Nationen 19 ■ Die Konstitution des Empire 24 ■ Das Modell imperialer Autorität 29 ■ Universelle Werte 33	
2. Biopolitische Produktion	37
Biomacht in der Kontrollgesellschaft 37 ■ Die Produktion von Leben 42 ■ Unter- nehmen und Kommunikation 45 ■ Intervention 49 ■ Hoheitsrechte 53	
3. Alternativen innerhalb des Empire	56
Das ontologische Drama der <i>Res gestae</i> 60 ■ Refrains der »Internationale« 62 ■ Maulwurf und Schlange 66 ■ Der Doppeladler 73 ■ POLITISCHES MANIFEST 76	

Teil II: Passagen der Souveränität

1. Zwei Europa, zwei Modernen	83
Die revolutionäre Entdeckung der Immanenz 84 ■ Moderne als Krise 88 ■ Der transzendente Apparat 92 ■ Moderne Souveränität 97 ■ Die Souveränitäts- maschine 101 ■ HUMANISMUS NACH DEM TOD DES MENSCHEN 104	
2. Die Souveränität des Nationalstaats	107
Die Geburt der Nation 107 ■ Die Nation und die Krise der Moderne 111 ■ Die Nation und ihr Volk 115 ■ Subalterner Nationalismus 119 ■ Der Totalitarismus des Nationalstaats 122	

3.	Die Dialektik kolonialer Souveränität	127
	Menschheit ist Eins und Viele 128 ▪ Die Krise der kolonialen Sklaverei 133 ▪ Die Erzeugung von Alterität 137 ▪ Die Dialektik des Kolonialismus 140 ▪ Der Bumerang der Alterität 143 ▪ Das vergiftete Geschenk der nationalen Befreiung 145 ▪ ANSTECKUNG 147	
4.	Symptome des Übergangs	150
	Politik der Differenz 152 ▪ Die Befreiung der Hybriditäten oder Jenseits kolonialer Binärcodes 156 ▪ Fundamentalismus und/oder Postmoderne 159 ▪ Die Ideologie des Weltmarkts 163 ▪ Wahrheitskommissionen 167 ▪ DIE ARMEN 169	
5.	Netzwerk-Macht: Die Souveränität der USA und das neue Empire ..	172
	Die amerikanische Revolution und das Modell der zwei Roms 173 ▪ Umfassendes Empire 176 ▪ Offene Grenzen 179 ▪ Das Ende des imperialen Raums 184 ▪ Der amerikanische Imperialismus 188 ▪ Jenseits des Kalten Kriegs 191	
6.	Imperiale Souveränität	195
	Es gibt kein Außen mehr 198 ▪ Imperialer Rassismus 202 ▪ Entstehung und Korruption von Souveränität 207 ▪ Der dreifache Imperativ des Empire 209 ▪ Von der Krise zur Korruption 212 ▪ VERWEIGERUNG 214	
	Intermezzo: Gegen-Empire	217
	Eine große Gewerkschaft! 218 ▪ Der Nicht-Ort der Ausbeutung 220 ▪ Dagegen-Sein: Nomadismus, Desertion, Exodus 222 ▪ Die neuen Barbaren 227	

Teil III: Passagen der Produktion

1.	Die Grenzen des Imperialismus	233
	Die Notwendigkeit des Außen 234 ▪ Die Internalisierung des Außen 237 ▪ Ausgleich und Subsumtion 241 ▪ Vom Imperialismus zum Empire 244 ▪ Die fehlenden Bände des <i>Kapital</i> 246 ▪ ZYKLEN 249	
2.	Disziplin und Regierbarkeit	252
	Ein New Deal für die Welt 253 ▪ Dekolonisation, Dezentrierung und Disziplin 256 ▪ In die Moderne eintreten, die Moderne verlassen 260 ▪ Auf dem Weg zu einem neuen globalen Paradigma 263 ▪ Reelle Subsumtion und Weltmarkt 266 ▪ URSPRÜNGLICHE AKKUMULATION 267	
3.	Widerstand, Krise, Transformation	271
	Zwei, drei, viele Vietnam 272 ▪ Die kapitalistische Antwort auf die Krise 275 ▪ Die Ökologie des Kapitals 280 ▪ Ein Anschlag auf das Disziplinarregime 283 ▪ Die Agonie der sowjetischen Disziplin 287	

4.	Postmodernisierung: Informatisierung der Produktion	291
	Entwicklungsideologien 293 ■ Informatisierung 295 ■ Die Soziologie der immateriellen Arbeit 300 ■ Netzwerkproduktion 306 ■ Information Highways 309 ■ GEMEINSAMES 312	
5.	Gemischte Verfassung	315
	Wenn Giganten die Erde beherrschen 316 ■ Die Pyramide der globalen Konstitution 320 ■ Polybius und die imperiale Herrschaft 324 ■ Hybride Konstitution 327 ■ Umkämpfte Konstitution 330 ■ Das Spektakel der Konstitution 331	
6.	Kapitalistische Souveränität: Die Regierung der globalen Kontrollgesellschaft	334
	Eine glatte Welt 341 ■ Die neuen Spaltungen 345 ■ Imperiale Regierung 347 ■ Imperiales Kommando 351 ■ BIG GOVERNMENT IS OVER! 356	

Teil IV: Untergang und Fall des Empire

1.	Virtualitäten	361
	Außerhalb des Maßes (Das Unermessliche) 362 ■ Jenseits des Maßes (Das Virtuelle) 364 ■ Parasit 367 ■ Nomadismus und Métissage 369 ■ »General Intellect« und Biomacht 372 ■ <i>Res Gestae/Machinae</i> 375	
2.	Generation und Korruption	377
	Aufstieg und Fall (Machiavelli) 378 ■ <i>Finis Europae</i> (Wittgenstein) 381 ■ Amerika, Amerika 387 ■ Krise 391 ■ Generation 393 ■ Korruption 396	
3.	Die Menge gegen das Empire	400
	Die beiden Staaten 401 ■ Endlose Pfade (Das Recht auf eine Weltbürgerschaft) 403 ■ Zeit und Körper (Das Recht auf einen sozialen Lohn) 407 ■ <i>Telos</i> (Das Recht auf Wiederaneignung) 410 ■ <i>Posse</i> 413 ■ MILITANT 418	
	Anmerkungen	421
	Literaturverzeichnis	439
	Personenregister	459

Danksagung

Danken möchten wir den Freunden und Kollegen, die Teile des Manuskripts gelesen haben und deren Kommentare uns zustatten kamen: Robert Adelman, Étienne Balibar, Denis Berger, Tom Conley, Arif Dirlik, Luciano Ferrari-Bravo, David Harvey, Fred Jameson, Rebecca Karl, Wahneema Lubiano, Saree Makdisi, Christian Marazzi, Yann Moulier Boutang, Valentin Mudimbe, Judith Revel, Ken Surin, Christine Thorsteinsson, Jean-Marie Vincent, Paolo Virno, Lindsay Waters und Kathi Weeks.

Vorwort

Every tool is a weapon if you hold it right.

Ani DiFranco (My IQ, 1993)

Die Menschen kämpfen und unterliegen, und die Sache, für die sie kämpfen, setzt sich trotz ihrer Niederlage durch; und wenn das Ziel erreicht ist, erweist sich, dass es nicht das ist, was sie eigentlich meinten, und dass andere Menschen zu kämpfen haben für das, was sie meinten, doch unter anderem Namen.

William Morris

Das Empire materialisiert sich unmittelbar vor unseren Augen. Über mehrere Jahrzehnte hinweg, in deren Verlauf Kolonialregimes gestürzt wurden, und schließlich unvermittelt, als die sowjetischen Grenzen des kapitalistischen Weltmarkts endgültig zusammenbrachen, waren wir Zeugen einer unaufhaltsamen und unumkehrbaren Globalisierung des ökonomischen und kulturellen Austauschs. Mit dem globalen Markt und mit globalen Produktionsabläufen entstand eine globale Ordnung, eine neue Logik und Struktur der Herrschaft – kurz, eine neue Form der Souveränität. Das Empire ist das politische Subjekt, das diesen globalen Austausch tatsächlich reguliert, die souveräne Macht, welche die Welt regiert.

Viele behaupten, die Globalisierung der kapitalistischen Produktion und Zirkulation würde bedeuten, dass sich die ökonomischen Verhältnisse gegenüber der politischen Kontrolle stärker verselbstständigten und politische Souveränität folglich im Niedergang begriffen sei. Manche feiern diese neue Ära als die Befreiung der kapitalistischen Ökonomie von den Beschränkungen und Verzerrungen, die ihr die Politik aufgezwungen habe; andere beklagen, dass dadurch die institutionellen Kanäle verstopft würden, die es Arbeitern und Bürgern erlaubten, auf die kalte Logik des kapitalistischen Profits Einfluss zu nehmen oder ihr gar die Stirn zu bieten. Es trifft natürlich zu, dass mit den Globalisierungsprozessen die Souveränität der

Nationalstaaten zwar weiter bestehen bleibt, doch Stück für Stück zerfällt. Die Grundfaktoren von Produktion und Zirkulation – Geld, Technologie, Menschen und Güter – überqueren zunehmend mühelos nationale Grenzen; es steht von daher immer weniger in der Macht eines Nationalstaats, diese Ströme zu lenken und seine Autorität gegenüber der Ökonomie durchzusetzen. Selbst die führenden Nationalstaaten sollte man sich nicht mehr als höchste und souveräne Autoritäten vorstellen, und zwar weder innerhalb und noch weniger außerhalb der eigenen Grenzen. *Der Niedergang der Souveränität von Nationalstaaten bedeutet jedoch nicht, dass Souveränität als solche im Niedergang begriffen wäre.*¹ Weiterhin beherrschen in den gegenwärtigen Veränderungen allenthalben politische Kontrolle, Staatsfunktionen und Lenkungsmechanismen den Bereich wirtschaftlicher wie gesellschaftlicher Produktion und Zirkulation. Unsere grundlegende Hypothese ist deshalb, dass Souveränität eine neue Form angenommen hat, sie eine Reihe nationaler und supranationaler Organismen verbindet, die eine einzige Herrschaftslogik eint. Diese neue globale Form der Souveränität ist es, was wir Empire nennen.

Der Niedergang der Souveränität von Nationalstaaten und ihre zunehmende Unfähigkeit, den ökonomischen und kulturellen Austausch zu lenken, kündigen tatsächlich als eines der ersten Symptome das entstehende Empire an. Die nationalstaatliche Souveränität war für die Formen des Imperialismus, wie sie die europäischen Mächte die ganze Moderne hindurch ausbildeten, der Eckpfeiler. Unter »Empire« verstehen wir jedoch etwas vollkommen anderes als »Imperialismus«. Für den europäischen Kolonialismus ebenso wie für die ökonomische Expansion waren die durch das moderne System von Nationalstaaten geschaffenen Grenzen grundlegend: Die Territorialgrenzen der Nation umschlossen ein Zentrum der Macht, das die Ströme der Produktion und Zirkulation systematisch kanalisierte oder blockierte, abwechselnd förderte oder unterband und so über fremde Territorien Herrschaft ausübte. Imperialismus dehnte eigentlich die Souveränität europäischer Nationalstaaten über deren eigene Grenzen hinaus aus. Schließlich konnte man so beinahe alle Landstriche der Welt aufteilen und die gesamte Weltkarte in die Farben Europas tauchen: rot für britische Gebiete, blau für französische, grün für portugiesische und so weiter. Ganz gleich, wo moderne Souveränität Wurzeln schlug, sie schuf einen Leviathan. Der umschlang die Sphäre der Gesellschaft und setzte eine Hierarchie territorialer Grenzziehungen durch, um über die Reinheit der eigenen Identität zu wachen und dabei alles andere auszuschließen.

Der Übergang zum Empire taucht aus der Dämmerung der modernen Souveränität auf. Im Gegensatz zum Imperialismus etabliert das Empire kein territoriales Zentrum der Macht, noch beruht es auf von vornherein festgelegten Grenzziehungen und Schranken. Es ist *dezentriert* und *deterritorialisierend*, ein Herrschaftsapparat, der Schritt für Schritt den globalen Raum in seiner Gesamtheit aufnimmt, ihn seinem offenen und sich weitenden Horizont einverleibt. Das Empire arrangiert und organisiert hybride Identitäten, flexible Hierarchien und eine Vielzahl von Austauschverhältnissen durch modulierende Netzwerke des Kommandos. Die unterschiedlichen Nationalfarben der imperialistischen Landkarte fließen zusammen und münden in den weltumspannenden Regenbogen des Empire.

Die Veränderungen in der imperialistischen Geografie des Planeten lassen ebenso wie die Verwirklichung des Weltmarkts innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise einen Übergang erkennen. Unverkennbar wurde die räumliche Aufteilung dreier Welten (einer Ersten, Zweiten und Dritten) kräftig durcheinander geworfen. Wir finden fortwährend die Erste Welt in der Dritten wieder, die Dritte in der Ersten, die Zweite hingegen fast nirgendwo. Das Kapital scheint einer geglätteten Welt gegenüber zu stehen – oder vielmehr einer Welt, die neue und komplexe Ordnungen aus Differenzierung und Homogenisierung, aus Deterritorialisierung und Reterritorialisierung bestimmen. Die Entwicklung der Verläufe und Grenzen dieser neuen weltweiten Ströme sind von Veränderungen der vorherrschenden Produktionsprozesse begleitet. In deren Folge wurde die führende Rolle industrieller Fabrikarbeit erschüttert, kommunikative, kooperative und affektive Arbeit rückte statt dessen an erste Stelle. Durch die Postmodernisierung der globalen Ökonomie wird der Reichtum mehr und mehr durch das geschaffen, was wir biopolitische Produktion nennen, durch die Produktion des gesellschaftlichen Lebens selbst. Darin überschneiden sich die Sphären des Ökonomischen, des Politischen und des Kulturellen zunehmend und schließen einander ein.

Viele siedeln die letzte Entscheidungsgewalt, die über die Globalisierungsprozesse und die neue Weltordnung herrscht, in den USA an. Befürworter einer solchen Vorstellung loben die Vereinigten Staaten als Weltführung und alleinige Supermacht, ihre Gegner bezichtigen sie der imperialistischen Unterdrückung. Doch beruhen diese Sichtweisen auf der Annahme, die USA seien einfach in die Haut einer Weltmacht geschlüpft, wie sie von den Nationen Europas eben abgeworfen wurde. Wenn Britannien das 19. Jahrhundert prägte, dann Amerika das 20.; oder besser, war die Moderne

europäisch, so ist die Postmoderne amerikanisch. Die vernichtendste Anklage, die Kritiker deshalb erheben können, ist, dass die USA die Methoden des alten europäischen Imperialismus wiederholen. Die Anhänger feiern die Weltführung der Vereinigten Staaten hingegen als effizienter und wohlwollender; sie machten richtig, was die Europäer falsch gemacht hätten. Mit unserer grundlegenden Hypothese, wonach eine neue, imperiale Form der Souveränität entstanden ist, widersprechen wir gleichwohl beiden Sichtweisen. *Die Vereinigten Staaten bilden nicht das Zentrum eines imperialistischen Projekts, und tatsächlich ist dazu heute kein Nationalstaat in der Lage.* Der Imperialismus ist vorbei. Keine Nation kann in dem Sinne die Weltführung beanspruchen, wie die modernen europäischen Nationen das taten.

Die USA nehmen allerdings im Empire eine privilegierte Position ein, doch leitet sich dieses Privileg nicht aus ihren Ähnlichkeiten zu den alten europäischen imperialistischen Mächten ab, sondern aus den Unterschieden. Diese Unterschiede sind am klarsten erkennbar, wenn man sich auf die im eigentlichen Sinn imperialen (und nicht imperialistischen) Grundlagen der US-Verfassung konzentriert. »Verfassung« meint sowohl die *formale Konstitution*, also den geschriebenen Verfassungstext zusammen mit den verschiedenen Zusatzartikeln und Rechtsbestimmungen, als auch die *materielle Konstitution*, die fortwährende Entstehung und Neuzusammensetzung sozialer Kräfte. Thomas Jefferson, die Autoren des *Federalist* und andere geistige Gründerväter der Vereinigten Staaten waren vom imperialen Vorbild der Antike inspiriert; sie glaubten daran, auf der anderen Seite des Atlantik ein neues Imperium mit offenen und sich ausdehnenden Grenzen schaffen zu können, in dem Macht vollständig in einem Geflecht von Strukturen verteilt sein würde. Diese imperiale Vorstellung überlebte und reifte in der Verfassungsgeschichte der Vereinigten Staaten. Heute zeigt sie sich im globalen Maßstab, in vollständig verwirklichter Form.

Wir sollten unterstreichen, dass wir »Empire« hier nicht als eine *Metapher* ansehen, an der zu zeigen wäre, welche Übereinstimmungen es zwischen der heutigen Weltordnung und den Imperien oder Reichen Roms, Chinas, der beiden Amerika und so weiter gibt; Empire ist vielmehr ein *Begriff*, der nach einem theoretischen Zugang verlangt.² Den Begriff Empire charakterisiert maßgeblich das Fehlen von Grenzziehungen: Die Herrschaft des Empire kennt keine Schranken. Zuallererst setzt der Begriff des Empire ein Regime voraus, das den Raum in seiner Totalität vollständig umfasst, oder anders, das wirklich über die gesamte »zivilisierte« Welt

herrscht. Keine territorialen Grenzziehungen beschränken seine Herrschaft. Zum zweiten stellt sich im Begriff Empire kein historisches Regime dar, das aus Eroberungen hervorgegangen ist, sondern vielmehr eine Ordnung, die Geschichte vollständig suspendiert und dadurch die bestehende Lage der Dinge für die Ewigkeit festschreibt. Aus der Perspektive des Empire ist alles so, wie es immer sein wird und wie es immer schon sein sollte. Das Empire stellt, mit anderen Worten, seine Herrschaft nicht als vergängliches Moment im Verlauf der Geschichte dar, sondern als Regime ohne zeitliche Begrenzung und in diesem Sinn außerhalb oder am Ende der Geschichte. Zum dritten bearbeitet die Herrschaft des Empire alle Register der sozialen Ordnung, es dringt ein in die Tiefen der gesellschaftlichen Welt. Das Empire organisiert nicht nur Territorium und Bevölkerung, sondern schafft genau die Welt, in der es lebt. Es lenkt nicht nur menschliche Interaktion, sondern versucht außerdem direkt über die menschliche Natur zu herrschen. Das gesellschaftliche Leben in seiner Gesamtheit wird zum Gegenstand der Herrschaft. Das Empire stellt so die paradigmatische Form von Biomacht dar. Und schließlich bleibt, obwohl das Empire in der Praxis ein fortwährendes Blutbad ist, der Begriff Empire immer mit Frieden verknüpft – einem ewigen und allumfassenden Frieden außerhalb der Geschichte.

Das Empire, dem wir uns gegenübersehen, verfügt über ungeheure Unterdrückungs- und Zerstörungspotenziale; doch sollte diese Tatsache keineswegs Nostalgie für ältere Formen der Herrschaft wecken. Der Übergang zum Empire und die damit verbundenen Globalisierungsprozesse bieten neue Möglichkeiten der Befreiung. Globalisierung ist selbstverständlich nicht ein Ding für sich, und die vielgestaltigen Prozesse, die wir als Globalisierung identifizieren, sind weder einheitlich noch eindeutig. Die politische Herausforderung, so unsere Behauptung, besteht nicht einfach darin, gegen diese Prozesse Widerstand zu leisten, sondern sie umzugestalten und in Richtung auf andere Ziele zu lenken. Im schöpferischen Vermögen der *Multitude*, der Menge, die das Empire trägt, liegt gleichermaßen die Fähigkeit, ein Gegen-Empire aufzubauen, den weltweiten Strömen und Austauschverhältnissen eine andere politische Gestalt zu geben. Die Kämpfe gegen das Empire, Angriff und Subversion ebenso wie der Aufbau einer wirklichen Alternative werden sich auf dem imperialen Terrain selbst abspielen – tatsächlich haben diese neuen Kämpfe bereits begonnen. In diesen und zahlreichen weiteren Kämpfen wird die Menge neue Formen der Demokratie und eine neue konstituierende Macht entwickeln, die uns eines Tages durch und über das Empire hinaus bringen wird.

In unserer Untersuchung des Übergangs vom Imperialismus zum Empire folgen wir einer Genealogie, zunächst europäisch und dann euro-amerikanisch. Dies geschieht nicht, weil wir der Meinung sind, neue Vorstellungen oder geschichtliche Innovationen hätten ausschließlich oder hauptsächlich von diesen Gegenden der Erde ihren Ausgang genommen, sondern einfach, weil die begrifflichen und praktischen Instrumente, die das heutige Empire mit Leben erfüllen, sich vor allem entlang dieses geografischen Pfads entwickelten – parallel, wie wir zeigen werden, zur Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise.³ Die Genealogie des Empire ist in diesem Sinne eurozentrisch, ihre gegenwärtigen Machtzentren sind hingegen an keine geografische Region gebunden. Herrschaftslogiken, die in gewissem Sinne aus Europa oder den Vereinigten Staaten stammen, begründen und stützen heutzutage Herrschaftspraktiken auf der ganzen Welt. Auch die Kräfte, die das Empire in Frage stellen und weltweit eine gesellschaftliche Alternative entwerfen, sind, und das ist noch wichtiger, nicht auf irgendeine Art geografisch beschränkt. Die Geografie dieser Gegenmächte, die neue Kartografie, wartet noch auf ihre Darstellung – oder vielmehr, sie stellt sich heute dar in den Widerständen, Kämpfen und im Begehren der Menge.

Beim Schreiben dieses Buchs haben wir einen möglichst breit angelegten interdisziplinären Ansatz verfolgt.⁴ Unsere Darstellung soll gleichermaßen philosophische und historische, kulturelle und ökonomische, politische und anthropologische Themen verbinden. Zum einen verlangt der Untersuchungsgegenstand diese breit angelegte Interdisziplinarität, da im Empire Grenzziehungen, die vielleicht früher einmal strenge disziplinäre Methoden gerechtfertigt haben mögen, zunehmend obsolet werden. In der imperialen Welt brauchen, um ein Beispiel zu geben, Wirtschaftswissenschaftler grundlegende Kenntnisse der Kulturproduktion, um die Ökonomie zu verstehen, und ebenso brauchen Kulturwissenschaftler grundlegende Kenntnisse ökonomischer Prozesse, um die Kultur zu verstehen. Dies gehört zu den Voraussetzungen unseres Vorhabens. Darüber hinaus hoffen wir, mit diesem Buch einen allgemeinen theoretischen Rahmen und eine begriffliche Werkzeugkiste bereitgestellt zu haben, um im Empire und gegen es zu denken und zu handeln.⁵

Wie die meisten dicken Bücher kann man dieses hier auf verschiedene Art und Weise lesen: von vorn nach hinten oder von hinten nach vorn, in Abschnitten, kreuz und quer oder indem man Hinweisen folgt. Teil I führt allgemein in die Problematik des Empire ein. Der Hauptteil des Buchs erzählt, in den Teilen II und III, die Geschichte des Übergangs von der Mo-

derne zur Postmoderne beziehungsweise vom Imperialismus zum Empire. Teil II schildert dabei den Übergang von der frühen Moderne bis zur Gegenwart in erster Linie aus der Perspektive der Ideen- und Kulturgeschichte. Der rote Faden, der diesen Teil durchzieht, ist die Genealogie des Souveränitätsbegriffs. Teil III schildert denselben Übergang vom Standpunkt der Produktion aus, letztere verstanden im weitesten Sinne, von der ökonomischen Produktion bis zur Produktion von Subjektivität. Diese Schilderung umfasst eine kürzere Zeitspanne und konzentriert sich im wesentlichen auf die Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise seit dem späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Die Untergliederungen von Teil II und III entsprechen einander: die jeweiligen ersten Abschnitte behandeln die Moderne, die imperialistische Epoche; die mittleren Abschnitte beschäftigen sich mit den Mechanismen des Übergangs; die Schlussabschnitte analysieren unsere postmoderne, imperiale Welt.

Wir haben das Buch so aufgebaut, um zu betonen, wie wichtig es ist, aus dem Reich der Ideen in das der Produktion überzuwechseln. Das Intermezzo zwischen Teil II und III dient als Scharnier, das beide Perspektiven miteinander verbindet. Wir verfolgen mit diesem Wechsel der Perspektive ein ähnliches Ziel wie Marx im *Kapital*, wenn er uns einlädt, die geräuschvolle Sphäre der Zirkulation zu verlassen und in die verborgene Stätte der Produktion hinabzusteigen. Im Reich der Produktion treten die sozialen Ungleichheiten offen zutage; von dort hebt im übrigen der Widerstand gegen die Macht des Empire am wirkungsvollsten an und dort werden Alternativen dazu sichtbar. Im Teil IV versuchen wir dann diese Alternativen, die heute über das Empire hinausweisen, zu bestimmen.

Dieses Buch haben wir nach dem Krieg am Persischen Golf begonnen und vor dem Kosovokrieg fertig gestellt. Die Leserinnen und Leser mögen unsere Darstellung daher zwischen diesen beiden, in der Entwicklung des Empire bezeichnenden Ereignissen situieren.

TEIL I

DIE POLITISCHE KONSTITUTION
DER GEGENWART

1. Weltordnung

Der Kapitalismus triumphierte nur dann, wenn er mit dem Staat identifiziert wurde, wenn er der Staat war.

Fernand Braudel

Sie veranstalten ein Gemetzel und nennen es Frieden.

Tacitus

Empire ist als Untersuchungsfeld in erster Linie durch die simple Tatsache bestimmt, dass es eine Weltordnung gibt. Diese Ordnung drückt sich als juridische Formation aus, in einer Rechtsordnung. Zunächst geht es also darum, die Konstitution der Ordnung zu begreifen, die heute Form annimmt. Zwei landläufige Ansichten über diese Ordnung, die im Meinungsspektrum die beiden entgegengesetzten Enden markieren, sollten wir aber gleich zu Beginn ausschließen: Es ist dies zum einen die Vorstellung, dass die gegenwärtige Ordnung irgendwie spontan aus dem Zusammenspiel grundlegend heterogener globaler Kräfte entstehe, so als ob diese Ordnung ein philharmonisches Orchester sei, dirigiert von der naturwüchsigen und neutralen unsichtbaren Hand des Weltmarkts. Und zweitens wäre das die Auffassung, die Ordnung sei das Diktat einer einzelnen Macht und folge jenseits globaler Kräfteverhältnisse einer einzigen zentralen Rationalität, die verschiedene Phasen der historischen Entwicklung gemäß bewussten und allwissenden Plänen steuert – also eine Art Verschwörungstheorie der Globalisierung.¹

Vereinte Nationen

Bevor wir die Verfasstheit des Empire als Rechtsordnung untersuchen können, müssen wir die Konstitutionsprozesse ein wenig näher analysieren,

denen zentrale Rechtskategorien ihre Bedeutung verdanken. Insbesondere der lange Übergangsprozess, der vom souveränen Recht der Nationalstaaten (und dem aus ihm abgeleiteten internationalen Recht) zu den ersten post-modernen Figuren imperialen Rechts verläuft, verdient Aufmerksamkeit. In einer ersten Annäherung wäre er als eine Genealogie von Rechtsformen zu betrachten, auf denen die supranationale Rolle der Vereinten Nationen und ihrer verschiedenen angegliederten Institutionen gründet und die nun über sie hinausführen.

Weithin wird anerkannt, dass sich die internationale Ordnung, wie sie die europäische Moderne fortwährend, zumindest seit dem Westfälischen Frieden, gestaltete und umgestaltete, in der Krise befindet (Gross 1948). Tatsächlich war sie immer in der Krise, und diese Krise trieb als Motor die Entwicklung in Richtung auf das Empire. Möglicherweise datiert dieser Zusammenhang von internationaler Ordnung und ihrer Krise aus der Epoche der Napoleonischen Kriege, wie von einigen Historikern geltend gemacht wird. Oder aber ihre Ursprünge sind eher auf dem Wiener Kongress und bei der Gründung der Heiligen Allianz zu suchen.² In jedem Fall steht außer Zweifel, dass mit dem Ersten Weltkrieg und der Gründung des Völkerbunds eine Vorstellung internationaler Ordnung und gleichzeitig ihrer Krise definitiv etabliert war. Die Geburtsstunde der Vereinten Nationen am Ende des Zweiten Weltkriegs nahm diese Entwicklung einer internationalen Rechtsordnung, zunächst europäisch, doch zunehmend weltweit, erneut auf, konsolidierte und erweiterte sie. Der ganze Konstitutionsprozess kulminiert in gewisser Weise in den Vereinten Nationen. Die Kulmination offenbart gleichzeitig die Beschränktheit der Vorstellung einer *internationalen* Ordnung und weist über sie hinaus, nämlich auf die neue Vorstellung einer *globalen* Ordnung, einer Weltordnung. Die Rechtsstruktur der UNO ließe sich sicherlich rein negativ beschreiben, wenn man die Betonung auf den Machtverlust der Nationalstaaten im internationalen Kontext legt; doch verweist die Auffassung von Recht, wie sie die Charta der Vereinten Nationen umreißt, zugleich auf einen neuen positiven Ausgangspunkt, um im Weltmaßstab Recht zu schaffen – ein neues Zentrum normativer Setzung, das als solches eine souveräne juristische Rolle spielen kann. Die Vereinten Nationen fungieren als ein Scharnier in der Genealogie von internationalen zu globalen Rechtsstrukturen. Auf der einen Seite basiert die gesamte Konzeption und Struktur der UNO auf der Anerkennung und Legitimation der Souveränität einzelner Staaten; sie unterliegt deshalb dem Rahmen des internationalen Rechts, das durch Verträge und Abkommen definiert ist. An-

dererseits jedoch ist dieser Legitimationsprozess nur dadurch wirksam, dass er Souveränitätsrechte auf ein in Wirklichkeit *supranationales* Zentrum verschiebt. Nun geht es uns nicht darum, die ernstesten (und bisweilen tragischen) Unzulänglichkeiten in diesem Prozess zu beklagen. Uns interessieren die Vereinten Nationen und das Projekt einer internationalen Ordnung nicht als Ziel an sich, sondern vielmehr als der reale historische Zusammenhang, der den Übergang zu einem Weltsystem im eigentlichen Sinn beschleunigt. Gerade die Unzulänglichkeiten dieses Prozesses machen ihn so effektiv.

Um diesen Übergang in den Kategorien des Rechts genauer zu bestimmen, sind die Arbeiten von Hans Kelsen aufschlussreich, einem der wichtigsten Intellektuellen in der Gründungsphase der Vereinten Nationen. Bereits früh, in den zehner und zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts, vertrat Kelsen die These, wonach das internationale Rechtssystem als oberste Grundlage allen nationalen Rechts und jeder nationalen Verfassung anzusehen sei. Zu dieser These kam Kelsen aufgrund seiner Analysen der formalen Dynamiken jeweils besonderer Staatsordnungen. Die Beschränkungen von Nationalstaaten, so seine Überzeugung, stellten für die Verwirklichung der Rechtsidee ein unüberwindbares Hindernis dar. Nach Kelsen muss die besondere Ordnung, die das innere Recht von Nationalstaaten kennzeichnet, notwendig auf die Allgemeinheit und Objektivität der internationalen Ordnung zurückzuführen sein. Letztere ist nicht nur logisch, sondern ethisch begründet, denn sie kann den Konflikten zwischen Staaten mit unterschiedlicher Macht ein Ende setzen und statt dessen die Gleichheit als Prinzip einer wirklichen internationalen Gemeinschaft hervorheben. Hinter der von Kelsen beschriebenen formalen Sequenz steckt wesentlich der Antrieb einer Modernisierung im Zeichen der Aufklärung. Kelsen ging es, in der Tradition Kants, um eine Vollendung des Rechtsbegriffs: Das Recht würde zur »Organisation der Menschheit und damit eins mit der höchsten sittlichen Idee« (Kelsen 1920, 205; vgl. 1952, 586). Er wollte in den internationalen Beziehungen die Logik der Macht hinter sich lassen, da für das Recht die Einzelstaaten Einheiten gleichen Ranges seien und so ein »Universal- oder Weltstaat« gebildet werden könnte, als »ein über den Einzelstaaten stehendes, diese umfassendes universales Gemeinwesen« (Kelsen 1920, 249).

Dazu passt, dass Kelsen später das Privileg genoss, den Verhandlungen in San Francisco beizuwohnen, die zur Gründung der UNO führten, und so seine theoretischen Annahmen wahr werden sah. Für ihn organisierten die Vereinten Nationen eine vernünftige Idee (Kelsen 1950); mit ihrer Grün-

derung lernte ein intellektueller Entwurf laufen. Die UNO schuf eine echte Grundlage, um einem transzendentalen Schema der Rechtsgeltung jenseits des Nationalstaats Wirkung zu verschaffen. Die Geltung und Durchsetzung des Rechts hatte nun einheitlich einen obersten juristischen Grund gefunden, und unter diesen Bedingungen wäre Kelsens Vorstellung einer »Grundnorm« endlich zu realisieren.

Kelsen stellte sich die formale Konstruktion und die Geltung des Systems als von der materiellen Struktur, die es organisiert, unabhängig vor. Doch muss die Struktur materiell irgendwie existieren und organisiert werden. Welchen Aufbau also hat das System tatsächlich? An diesem Punkt sind Kelsens Überlegungen nicht länger von Nutzen, von ihnen bleibt nur eine phantastische Utopie. Der Übergang, den wir untersuchen möchten, entspricht genau diesem Auseinanderklaffen von formaler Konzeption, die die Geltung des Rechts aus einem supranationalen Ursprung ableitet, und der materiellen Verwirklichung dieser Vorstellung. Der Weg der Vereinten Nationen, von ihrer Gründung bis zum Ende des Kalten Krieges, ist eine lange Geschichte von Entwürfen, Kompromissen und beschränkten Erfahrungen, die mehr oder minder an der Errichtung einer solchen supranationalen Ordnung orientiert waren. Die Aporien dieses Prozesses sind zu offensichtlich, als dass man sie detailliert beschreiben müsste. Denn mit Sicherheit war es die von 1945 bis 1989 währende Dominanz der UNO über den allgemeinen Rahmen eines supranationalen Projekts, der einige der seltsamsten Konsequenzen auf theoretischer wie praktischer Ebene zeitigte. Doch all dies konnte letztlich den Konstitutionsprozess supranationaler Macht nicht blockieren (Ross 1966; Falk u.a. 1991; Conforti 1996). In den zwiespältigen Erfahrungen der Vereinten Nationen nahm auf der Ebene des Rechts das Empire Gestalt an.

Die Ansätze zur theoretischen Beschreibung blieben dem Konstitutionsprozess einer supranationalen Weltmacht allerdings völlig unangemessen. Statt das wirklich Neue der supranationalen Entwicklungen anzuerkennen, versuchten Rechtstheoretiker in ihrer großen Mehrheit, angesichts neuer Problematiken auf anachronistische Vorstellungen zurückzugreifen. Meist nahmen sie einfach Modelle, die aus der Zeit der Nationalstaatsgründung stammten, entstaubten sie ein wenig und boten sie als Erklärung an, um das Entstehen einer supranationalen Macht zu verstehen. Bevorzugtes Paradigma, um Formen internationaler und supranationaler Ordnung zu analysieren, wurde die so genannte *Domestic Analogy*.³ Zwei Argumentationslinien, jene Veränderung zu denken, taten sich besonders hervor, Erklärungsversu-

che, die, um sie etwas verkürzt zu charakterisieren, jene auf Hobbes beziehungsweise auf Locke zurückgehenden Ideologien wiederbelebten, die in einer anderen Epoche die europäischen Vorstellungen über den souveränen Staat beherrschten.

Die Hobbessche Variante betont vor allem die Übertragung des Souveränitätstitels und begreift die Konstitution einer supranationalen Souveränität als vertragliche Übereinkunft, die sich auf der Übereinstimmung präexistierender Staatssubjekte gründet (vgl. Bobbio 1984). Einzig eine neue transzendente Macht, »tertium inter pares«, die sich in erster Linie in den Händen des Militärs konzentriert (der Herrschaft über Leben und Tod, Hobbes' »Gott auf Erden«), ist dieser Schule zufolge in der Lage, ein sicheres internationales System zu konstituieren und damit die Anarchie zu überwinden, die souveräne Staaten notwendigerweise hervorrufen.⁴ Im Gegensatz dazu denkt man in der Lockeschen Variante den gleichen Prozess in stärker dezentral und pluralistisch orientierten Begriffen. Entsprechend geht man hier davon aus, dass gerade, wenn die Übertragung auf ein supranationales Zentrum erreicht ist, Netzwerke lokaler und den Konstitutionsprozess beeinflussender Gegenmächte die neue Gestalt der Macht in Frage stellen oder aber unterstützen. Statt von globaler Sicherheit spricht man lieber von globalem Konstitutionalismus, und das ganze Projekt läuft darauf hinaus, den Imperativen des Staats die Entstehung einer *globalen Zivilgesellschaft* entgegenzusetzen. Diese Schlagworte sollen, da sie an globale Werte appellieren, die neue internationale Ordnung oder vielmehr die neue transnationale Demokratie prägen.⁵ Während der Hobbesschen Tradition zufolge die Betonung auf dem Vertrag liegt, der dem Aufstieg einer neuen einheitlichen und transzendenten supranationalen Macht zu Grunde liegt, konzentriert man sich in der Lockeschen Tradition auf die Gegenmächte, die den Konstitutionsprozess beseelen und die supranationale Macht stützen. In beiden Fällen tritt die neue globale Macht allerdings lediglich in Analogie zu klassischen Vorstellungen der nationalen souveränen Macht von Staaten auf. Statt den neuartigen Charakter imperialer Macht anzuerkennen, halten beide Erklärungsversuche an den überkommenen Formen staatlicher Konstitution fest: monarchisch in der Tradition Hobbes', liberal in der Lockes.

Gleichwohl muss man die große Weitsicht dieser Entwürfe anerkennen, angesichts der Bedingungen, unter denen sie formuliert wurden: während des Kalten Kriegs, als die Vereinten Nationen bestenfalls schleppend vorankamen. Zu einer Erklärung der wirklich neuartigen historischen Prozesse, deren Zeugen wir heute sind, sind sie jedoch nicht in der Lage.⁶ Abzulehnen

sind diese Ansätze insofern, als sie den beschleunigten Rhythmus, die Gewalt und die Notwendigkeiten, die dem imperialen Paradigma eigen sind, nicht erkennen lassen. *Sie verstehen nicht, dass die imperiale Souveränität einen Paradigmenwechsel markiert.* Paradoxerweise (aber eigentlich ist es nicht einmal paradox) stellt einzig Kelsens Konzept sich dem wirklichen Problem, wenn auch auf einen streng formalistischen Standpunkt beschränkt. Welche politische Macht existiert oder kann geschaffen werden, so fragt Kelsen, die der Globalisierung ökonomischer und sozialer Verhältnisse adäquat wäre? Welche Rechtsgrundlage, welche »Grundnorm« und welche Art von Herrschaft können eine neue Ordnung tragen und den drohenden Sturz in globale Unordnung verhindern?

Die Konstitution des Empire

Viele zeitgenössische Theoretiker sträuben sich, die Globalisierung der kapitalistischen Produktion und den Weltmarkt als grundlegend neue Situation und bedeutsamen historischen Einschnitt anzuerkennen. Theoretische Vertreter des so genannten Weltsystem-Ansatzes etwa halten dagegen, dass der Kapitalismus von Anbeginn an als Weltökonomie funktioniert habe und dass deshalb jene, die über die Neuartigkeit der Globalisierung heute in Geschrei ausbrechen, lediglich die Geschichte des Kapitalismus nicht verstanden hätten.⁷ Es ist sicherlich wichtig, die fortwährende und grundlegende Beziehung zu betonen, die zwischen Kapitalismus und Weltmarkt (wenigstens der Tendenz nach) besteht, und ebenso die Expansionszyklen kapitalistischer Entwicklung zu unterstreichen; doch der *ab origine* universalen und universalisierenden Dimension in der Entwicklung des Kapitalismus genügend Aufmerksamkeit zu schenken, darf nicht blind machen für die Verschiebungen, die die kapitalistische Produktion und die weltweiten Machtverhältnisse gegenwärtig erfahren. Wir sind davon überzeugt, dass diese Veränderungen heute das kapitalistische Projekt, nämlich ökonomische und politische Macht zusammenzufügen, klar werden lassen und möglich machen, anders gesagt, eine kapitalistische Ordnung im eigentlichen Sinn ermöglichen. Im Hinblick auf die Konstitution heißt das: Die Globalisierungsprozesse sind nicht länger eine bloße Tatsache, sondern auch Grundlage des Rechts. Sie zielen der Tendenz nach auf die Schaffung einer einzigen supranationalen Gestalt politischer Macht.

Andere Theoretiker sträuben sich, die Verschiebungen innerhalb der weltweiten Machtverhältnisse in ihrer Bedeutung anzuerkennen, da ihrer Wahrnehmung nach die Kontinuität der imperialistischen Herrschaft dominanter kapitalistischer Nationalstaaten über andere Länder und Regionen der Erde ungebrochen ist. Aus dieser Perspektive betrachtet, stellen die gegenwärtigen Tendenzen zum Empire kein grundlegend neues Phänomen dar, sondern perfektionieren lediglich den Imperialismus (vgl. Amin 1992). Ohne diese tatsächlich vorhandenen und bedeutsamen Kontinuitätslinien zu unterschätzen, denken wir jedoch, dass es wichtig wäre festzustellen, wie das, was vormals Konflikte und Konkurrenz unterschiedlicher imperialistischer Mächte waren, in wesentlicher Hinsicht ersetzt wurde: durch eine Art einzige Macht, die alle überdeterminiert, ihnen eine gemeinsame Richtung und ein gemeinsames Recht gibt, das entschieden postkolonial und postimperialistisch ist. Das ist der Ausgangspunkt unserer Untersuchung: ein neues Rechtsverständnis oder vielmehr eine neue Art, wie Autorität auftritt, eine neue Weise, wie Normen und andere Zwangsmittel des Rechts geschaffen werden, um Vertragstreue zu garantieren und Konflikte zu lösen.

Die besondere Aufmerksamkeit, die wir hier zu Beginn unserer Untersuchung den Fragen des Rechts widmen, das die Konstitution des Empire begleitet, ist keinerlei besonderem Interesse an der Rechtswissenschaft geschuldet – als ob das Recht oder die Gesetze an sich, insofern sie regulierend wirken, in der Lage wären, die Gesellschaft in ihrer Totalität zu repräsentieren –, sondern vielmehr dem Umstand, dass das Recht einen guten Index für die Konstitutionsprozesse des Empire bietet. Neue Figuren des Rechts gestatten einen ersten Blick auf die zentralisierenden und vereinheitlichenden Tendenzen in der Regulierung des Weltmarkts und der globalen Machtverhältnisse und ebenso auf alle Schwierigkeiten, denen ein solches Projekt begegnet. Verschiebungen im Recht verweisen tatsächlich auf Veränderungen in der materiellen Konstitution der Weltordnung. Der Übergang, den wir heute erleben, vom traditionellen internationalen Recht, das durch Verträge und Abkommen gekennzeichnet war, zu einer neuen Souveränität, einer supranationalen Weltmacht (und einer entsprechenden imperialen Rechtsordnung), gibt bei aller Unabgeschlossenheit den Hintergrund ab, um die sozialen Totalisierungstendenzen im Empire zu erklären. Tatsächlich funktioniert die Transformation des Rechts als Symptom der veränderten Verfasstheit, der materiellen biopolitischen Konstitution unserer Gesellschaften. Dieser Wandel betrifft nicht allein das internationale Recht und die internationalen Beziehungen, sondern gleichermaßen die

inneren Machtverhältnisse jedes Landes. Bei der Untersuchung und Kritik der neuen Formen internationalen und supranationalen Rechts werden wir daher gleichzeitig zum Kern einer politischen Theorie des Empire vorstoßen. Die Fragen supranationaler Souveränität, des Ursprungs ihrer Legitimität wie ihrer Ausübung rücken politische, soziale und schließlich ontologische Probleme in den Mittelpunkt.

Unsere Annäherung an die Rechtsvorstellung des Empire sollte zunächst einen Blick auf die Genealogie des Konzepts werfen, um uns einige vorläufige Begriffe an die Hand zu geben. Die Vorstellung ist überliefert durch eine lange, im wesentlichen europäische Tradition, die zumindest bis zum antiken Rom zurückreicht, wobei die juristisch-politische Gestalt des Empire eng mit den christlichen Traditionen europäischer Gesellschaften verknüpft ist. Im imperialen Verständnis sind Rechtskategorien und universelle moralische Werte derart vereint, dass sie als organisches Ganzes zusammenwirken. Diese Einheit gehört ungebrochen zur Funktionsweise des Empire, ungeachtet der Launen der Geschichte. Jedes Rechtssystem ist in der einen oder anderen Weise die Kristallisierung einer ganzen Reihe von Werten, insofern Moral und Ethos Teil der Materialität des Rechts und seiner Begründung sind; das Empire jedoch – und insbesondere die römische Tradition imperialen Rechts – zeichnet sich dadurch aus, dass es die Verbindung und die Verallgemeinerung von Moral und Recht ins Extrem treibt: Empire heißt Frieden, Empire heißt garantierte Gerechtigkeit für alle. Die Idee des Empire ist die Vorstellung eines globalen Konzerts unter der Leitung eines einzigen Dirigenten; die eine Macht, die den sozialen Frieden bewahrt und moralische Gewissheit bietet. Und um diese Ziele zu erreichen und zu bewahren, ist die eine Macht mit den notwendigen Gewaltmitteln ausgestattet, um nötigenfalls »gerechte Kriege« zu führen, gegen die Barbaren an den Grenzen wie gegen die Rebellen im Innern.⁸

Von Anfang an setzt das Empire eine ethisch-politische Dynamik in Gang, die das Recht im Kern berührt. Das Rechtsverständnis verknüpft zwei grundlegende Tendenzen: zunächst die Vorstellung eines Rechts, das im Aufbau einer neuen Ordnung Bestätigung findet, einer Ordnung, die den gesamten Raum umschließt, den sie Zivilisation nennt, einen grenzenlosen, universellen Raum; und zweitens die Vorstellung eines Rechts, das in seiner ethischen Begründung die Zeit insgesamt umfasst. Im Empire erschöpft sich die historische Zeit, ist die Geschichte suspendiert, sind Vergangenheit und Zukunft innerhalb der eigenen ethischen Ordnung aufgerufen. Anders

gesagt: Das Empire präsentiert seine Ordnung als beständig, ewig und notwendig.

In der Überlieferung des Heiligen Römischen Reichs, die das Mittelalter durchzog, gingen beide Dimensionen des Rechts Hand in Hand (vgl. Hartung 1909; Dannenbauer 1940; de Lagarde 1951; Mazzarino 1961). Mit dem Beginn der Renaissance und dem Triumph der Säkularisierung allerdings begann ihre Trennung, und beide entwickelten sich unabhängig voneinander. Zum einen entstand im politischen Denken der europäischen Neuzeit die Idee des internationalen Rechts, zum anderen entwickelten sich utopische Entwürfe vom »Ewigen Frieden«. Im ersten Fall strebte man die Ordnung, die das imperiale Rom versprochen hatte, lange nach seinem Untergang durch einen Vertragsmechanismus an, der eine internationale Ordnung unter souveränen Nationalstaaten ermöglichen sollte, entsprechend der Verträge und Vereinbarungen, die innerhalb des Nationalstaats und seiner Zivilgesellschaft die Ordnung garantierten. Dieser Prozess fand seinen theoretischen Niederschlag bei Denkern von Grotius bis Pufendorf. Im zweiten Fall tauchte die Idee des »Ewigen Friedens« in der europäischen Neuzeit fortwährend auf, von Bernadin de Saint Pierre bis Immanuel Kant. Diese Idee galt als ein Ideal der Vernunft, ein »Licht«, in dessen Schein Recht und Moralphilosophie zu kritisieren und zu verbinden wären, das vorausgesetzte Transzendente des Rechtssystems und ideale Verhältnis von Vernunft und Moral. Der grundlegende Gegensatz dieser beiden Vorstellungen durchzog die europäische Neuzeit bis zu den zwei großen Ideologien ihrer Reife: der liberalen Ideologie, die auf ein friedliches Zusammenspiel juridischer Kräfte setzt, an deren Stelle der Markt treten soll; und der sozialistischen Ideologie, deren Organisation von Kämpfen auf die internationale Einheit und die Überwindung des Rechts abzielt.

Trifft nun die Behauptung zu, dass diese beiden Entwicklungswege des Rechts, die über die Jahrhunderte der Neuzeit hinweg nebeneinander bestanden, heute dazu tendieren, zusammenzulaufen und sich in kategorialer Einheit darzustellen? Unserer Ansicht nach ist das der Fall, und in der Postmoderne ist das Recht erneut in Begriffen zu denken, die im Konzept des Empire gründen. Doch da ein großer Teil unserer Untersuchung dieser Frage gewidmet ist und wir zudem auf Bedenken und Widerspruch stoßen werden, empfiehlt es sich nicht, so schnell einen definitiven Schluss zu ziehen, selbst wenn er auf die Analyse des Rechtsverständnisses beschränkt bleibt. Was wir allerdings bereits erkennen können, sind bedeutende Hinweise darauf, dass das Empire eine konzeptionelle Renaissance erlebt. Die

Hinweise funktionieren wie logische Provokationen auf dem Feld der Geschichte und die Theorie darf sie nicht ignorieren.

Ein Hinweis ist etwa das neu erwachte Interesse und die Wirksamkeit der Vorstellung vom *bellum iustum*, dem »gerechten Krieg«. Diese Vorstellung, die den antiken imperialen Ordnungen organisch angehörte und deren Genealogie auf die biblische Tradition verweist, tauchte vor nicht allzu langer Zeit als zentrales Thema in politischen Diskussionen wieder auf, namentlich im Gefolge des Zweiten Golfkriegs (Walzer 1992; Elshtain 1992a). Traditionell besagt die Vorstellung, dass einem Staat angesichts einer drohenden Aggression, die seine territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit gefährdet, ein *ius ad bellum* zukommt, ein Recht, Krieg zu führen.⁹ Diese neuerliche Hinwendung zum Topos vom *bellum iustum* ist zweifellos beunruhigend, hatte doch die Moderne, oder genauer der neuzeitliche Säkularismus, lange daran zu tun, diese mittelalterliche Tradition zu tilgen. In der traditionellen Vorstellung vom »gerechten Krieg« ist die Banalisierung des Krieges und seine Überhöhung als ethisches Mittel mit eingeschlossen. Beides waren Dimensionen, die sowohl das neuzeitliche politische Denken als auch die Nationalstaaten als internationale Gemeinschaft entschlossen ablehnten. Doch beide traditionellen Charakteristika tauchen in unserer postmodernen Welt erneut auf: Zum einen wird der Krieg auf den Status einer Polizeiaktion reduziert, zum anderen sakralisiert man die neue Macht, deren Vorgehen mit Mitteln des Kriegs moralisch legitimiert ist.

Hier werden allerdings nicht einfach antike oder mittelalterliche Konzepte wiederholt; die heutige Vorstellung zeigt einige grundlegende Neuerungen. Der gerechte Krieg ist nicht mehr länger in irgendeinem Sinn eine Verteidigungs- oder Widerstandshandlung, die er etwa im katholischen Universalismus von Augustinus bis zur Gegenreformation war, als eine dem »irdischen Reich« gegebene Notwendigkeit, das eigene Überleben zu garantieren. Er ist zu einer Unternehmung geworden, die ihre Rechtfertigung in sich trägt. Zwei unterschiedliche Elemente sind in diesem Konzept des gerechten Krieges vereint: erstens die Legitimität des militärischen Apparats als ethisch begründete, zweitens die Effektivität der militärischen Aktion, um die gewünschte Ordnung und den Frieden zu schaffen. Die Synthese dieser beiden Elemente wird zweifellos ein entscheidender Faktor sein, von dem die Grundlagen und die neue Tradition des Empire abhängen. Heute wird der Feind, wie auch der Krieg selbst, zugleich banalisiert und verabsolutiert, er wird reduziert auf ein Objekt der polizeilichen Routine

und dargestellt als der große Feind, die absolute Bedrohung der moralischen Ordnung. Der Golfkrieg zeigte vielleicht die neue Epistemologie des »gerechten Krieges« zum ersten Mal vollständig ausgebildet (vgl. Bobbio 1991; Ramsey Clark 1993; Habermas 1993; Elshtain 1992b). Das Wieder-aufleben des Topos vom »gerechten Krieg« mag nur ein Symptom für das Entstehen des Empire sein, doch ist der Hinweis überzeugend und mächtig.

Das Modell imperialer Autorität

Der Übergang zum Empire lässt sich keinesfalls in rein negativen Beschreibungen fassen, in einer Schilderung, was Empire nicht ist, wie etwa: Das neue Paradigma ist definiert durch den endgültigen Niedergang der souveränen Nationalstaaten, durch die Deregulierung der internationalen Märkte, durch das Ende antagonistischer Konflikte zwischen staatlichen Akteuren und so weiter. Würde das neue Paradigma sich darauf beschränken, wären die Konsequenzen in der Tat anarchisch. Macht allerdings – und das haben wir nicht nur von Michel Foucault gelernt – fürchtet und meidet ein Vakuum. Deshalb ist die Funktionsweise des neuen Paradigmas – wie wäre es auch anders möglich – bereits in völlig positiven Bestimmungen zu beschreiben.

Das imperiale Paradigma stellt sich zugleich als ein System und als eine Hierarchie dar, als ein zentralisiertes Normengerüst und als umfassendes Erzeugen von Legitimität, die sich über den globalen Raum legen. *Ab initio* ist es als dynamisches und flexibles System horizontal verknüpft. Diese Struktur begreifen wir als hybride und wollen sie ausgehend von der Systemtheorie Niklas Luhmanns und der Theorie der Gerechtigkeit von John Rawls theoretisch kurz skizzieren.¹⁰ Die Situation nennen einige »Governance without Government« (Rosenau/Czempiel 1992), Führung ohne Regierung, um auf eine strukturelle Logik anzuspielen, die zwar bisweilen kaum wahrnehmbar scheint, sich aber als zunehmend wirksam erweist, indem sie alle Akteure in die Logik des Ganzen zieht. Die systemische Totalität hat in der imperialen Weltordnung eine entscheidende Position inne, sie bricht entschieden mit vormaligen Dialektiken und entwickelt Formen der Integration von Akteuren, die linear und spontan wirken. Gleichzeitig tritt ein Konsens unter Führung einer obersten Ordnungsmacht immer deutlicher hervor. Alle Konflikte, Krisen und Differenzen treiben letztlich den Integrationsprozess voran und rufen im gleichen Maß nach mehr zentraler